

deutschlands aus der NATO und den Austritt der Deutschen Demokratischen Republik aus dem Warschauer Vertrag'.

3. Im wiedervereinigten Deutschland werden dem deutschen Volk, werden allen deutschen Bürgern ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts und der Religion die Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet. Die demokratischen Parteien und Organisationen haben das Recht der freien Betätigung und der freien Entscheidung über ihre Angelegenheiten. Sie genießen Presse- und Publikationsfreiheit. Es genügt nicht, diese Menschenrechte und Grundfreiheiten gesetzlich festzulegen, sondern sie müssen in der Wirklichkeit geschaffen werden, indem die Vorherrschaft der militärischen und faschistischen Kräfte beseitigt wird. Es dürfen also im friedlichen, demokratischen Deutschland keine Organisationen geduldet werden, die der Sache des Friedens und der Demokratie feindlich gesinnt sind.

4. Deutschland wird die volle Entwicklung seiner friedlichen Wirtschaft und der unbehinderte Zugang zu den Weltmärkten gewährleistet.

5. Das Territorium Deutschlands wird durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der vier Großmächte festgelegt wurden. Nur auf dieser Grundlage ist die Sicherung freundschaftlicher Beziehungen zur Volksrepublik Polen gewährleistet. Alle revanchistischen Bestrebungen, wie sie gegenwärtig in Westdeutschland bestehen, müssen entschieden zurückgewiesen werden, da sie gegen die Erhaltung des Friedens in Europa gerichtet sind.

6. Deutschland wird gestattet, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu Verteidigungszwecken zu besitzen. Die Vorbereitung für die Festsetzung der militärischen Streitkräfte erfolgt durch Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten über die Festsetzung der Zahl, Ausrüstung und Standorte der militärischen Streitkräfte.

Auch in Westdeutschland hat der Vorschlag, die Grundsätze für einen Friedensvertrag mit Deutschland auf einer Konferenz der Vertreter der Großmächte zu beraten, Zustimmung gefunden. Eine öffentliche Aussprache zwischen den friedliebenden, demokratischen Kräften in beiden Teilen Deutschlands über diese Lebensfrage der Nation kann nur von Nutzen sein.